

Vorwort

1. Gemäß § 6 Absatz 1 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963, zuletzt geändert durch Artikel 92 der Verordnung vom 25. November 2003¹⁾, legt der Sachverständigenrat sein 44. Jahresgutachten vor.²⁾
2. Nach dem überraschend starken Aufschwung im Jahr 2006, der sich in einer Zunahme des Bruttoinlandsprodukts von nahezu 3 vH niedergeschlagen hatte, präsentierte sich die deutsche Volkswirtschaft im Jahr 2007 weiterhin in einer guten Verfassung. Diese ist nicht nur das Ergebnis einer kräftigen konjunkturellen Erholung, sondern auch eine Folge tief greifender und viele Bereiche umfassender Anpassungsprozesse an den gestiegenen Wettbewerbsdruck auf den globalen Güter- und Faktormärkten. Die Politik hat mit zum Teil sehr weitreichenden Reformen auf den Feldern der Besteuerung, des Arbeitsmarkts und der Sozialen Sicherung zum wirtschaftlichen Comeback Deutschlands beigetragen. Nicht zuletzt gilt dies für die Tarifvertragsparteien, die mit den moderaten und flexiblen Lohnvereinbarungen in den letzten Jahren einen wichtigen Beitrag zu der deutlichen Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen geleistet haben. Ende des Jahres 2007 ist der Wirtschaftsstandort Deutschland wesentlich besser positioniert, als dies zur Zeit der letzten Aufschwungphase der Fall war. Die im Sommer des Jahres 2007 virulent gewordene Krise auf den Finanzmärkten hat allerdings das für die traditionell stark exportorientierte deutsche Volkswirtschaft wichtige weltwirtschaftliche Umfeld eingetrübt. Dennoch wird in Verbindung mit den guten Vorgaben des laufenden Jahres der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts 1,9 vH im Jahr 2008 betragen. Diese Abschwächung der Dynamik ist aber noch kein Indiz dafür, dass der Aufschwung zum Erliegen kommt oder gar eine Rezession bevorsteht.
3. Der Sachverständigenrat hat seinem Jahresgutachten 2007/08 den Titel vorangestellt:

DAS ERREICHTE NICHT VERSPIELEN

Mit diesem Titel soll zum Ausdruck gebracht werden, dass die durch die Reformen in den vergangenen Jahren sowie durch die gegenwärtige positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung eröffneten größeren Handlungsspielräume nur unzureichend zu einer weiteren Verbesserung der Wachstumsbedingungen genutzt wurden. Vielmehr drohen richtige und wegweisende Reformen konterkariert, wenn nicht sogar zurückgedreht zu werden: so die „Rente mit 67“, das Arbeitslosengeld II oder die Bezugsdauer des Arbeitslosengelds. Es gilt, die gewonnenen Spielräume nicht zu vertun, sondern im Interesse einer weiteren dauerhaften Verbesserung der Wachstumschancen zu nutzen. Gute Politik erfordert nicht immer die großen Würfe. Auch eine dem politischen Kompromissgebot geschuldete Politik der kleineren Schritte kann eine gute Politik sein, vorausgesetzt, die Schritte gehen in die gleiche Richtung und folgen einer Konzeption. Leider ist eine solche klare Richtung nicht erkennbar.

¹⁾ Dieses Gesetz und ein Auszug des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. Juni 1967 sind als Anhang I und II angefügt. Wichtige Bestimmungen des Sachverständigenratsgesetzes sind im jeweiligen Vorwort der Jahresgutachten 1964/65 bis 1967/68 erläutert.

²⁾ Eine Liste der bisherigen Jahresgutachten, Sondergutachten und Expertisen findet sich im Anhang III. Auf der Homepage des Sachverständigenrates finden Sie auch weitergehende Informationen über den Rat sowie die Gutachten des Rates seit 1964/65 im PDF-Format und eine ausführliche Berichterstattung über aktuelle Konjunkturindikatoren.

4. Die Amtsperiode von Professorin Dr. Beatrice Weder di Mauro, Mainz, war am 28. Februar 2007 abgelaufen. Der Bundespräsident berief sie für eine weitere Amtsperiode zum Mitglied des Sachverständigenrates.
5. Der Sachverständigenrat hatte Gelegenheit, mit der Bundeskanzlerin, dem Bundesminister der Finanzen und dem Bundesminister für Wirtschaft und Technologie aktuelle wirtschafts- und finanzpolitische Fragen zu erörtern.
6. Ausführliche Gespräche über aktuelle arbeitsmarktpolitische Themen führte der Sachverständigenrat mit dem Vorstand und leitenden Mitarbeitern der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg, sowie mit dem Direktor und dem Stellvertretenden Direktor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg. Zudem haben die Bundesagentur für Arbeit und das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung dem Sachverständigenrat für arbeitsmarktpolitische Fragestellungen umfassendes Informations- und Datenmaterial zur Verfügung gestellt.
7. Der Präsident, der Vizepräsident und weitere Mitglieder des Vorstandes der Deutschen Bundesbank standen dem Sachverständigenrat auch in diesem Jahr zum Meinungsaustausch über die wirtschaftliche Lage und deren absehbare Entwicklung sowie über konzeptionelle und aktuelle Fragen der Geld- und Währungspolitik zur Verfügung.
8. Mit dem Präsidenten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und leitenden Mitarbeitern hat der Sachverständigenrat aktuelle und konzeptionelle Fragen der Finanzmarktaufsicht sowie der Organisation und der Arbeitsweise der Bundesanstalt diskutiert.
9. Wie in den vergangenen Jahren kam es auch in diesem Jahr zu Treffen des Sachverständigenrates mit den Präsidenten und leitenden Mitarbeitern der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks sowie mit leitenden Vertretern des Deutschen Industrie- und Handelskammertages und führenden Vertretern des Deutschen Gewerkschaftsbundes, in denen aktuelle wirtschafts- und beschäftigungspolitische Fragestellungen erörtert wurden.
10. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag hat wie in den Vorjahren die Ergebnisse der mit dem Sachverständigenrat erarbeiteten Herbstumfrage, die die Kammern bei über mehr als 25 000 Unternehmen durchgeführt haben, diskutiert und dadurch die Urteilsbildung des Sachverständigenrates über die aktuelle wirtschaftliche Lage und die Perspektiven für das kommende Jahr erleichtert. Der Sachverständigenrat weiß es zu schätzen, dass die Kammern und ihre Mitglieder nicht unerhebliche zeitliche und finanzielle Belastungen auf sich nehmen, die mit dieser regelmäßigen Umfrage verbunden sind.
11. Mit Vertretern der neuen Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose aus den beteiligten wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten fand ein Gespräch über die Lage der deutschen Wirtschaft sowie über nationale und weltwirtschaftliche Perspektiven statt.
12. Mit Dr. Christian Schumacher, Frankfurt am Main, diskutierte der Sachverständigenrat intensiv Fragen im Zusammenhang mit NAIRU-Schätzungen.

- 13.** Eine ganz besondere Unterstützung erfuhr die Arbeit des Sachverständigenrates durch Herrn Professor Dr. h.c. mult. Martin Hellwig, Ph.D., Bonn. Professor Hellwig erstellte eine umfassende Expertise zur Problematik einer staatlichen Kontrolle von ausländischen Beteiligungen an deutschen Unternehmen. Ihm gilt für seine fachliche Beratung und sein außerordentliches Engagement ein ganz besonderer Dank.
- 14.** Die Professoren Dr. Uwe H. Schneider, Darmstadt, und Dr. Peter O. Mülbert, Mainz, haben ein sehr informatives Rechtsgutachten zum Erwerb von Unternehmensbeteiligungen an in Deutschland ansässigen Unternehmen durch ausländische Staatsunternehmen und durch Investitionsfonds ausländischer Staaten erstellt und damit zur Meinungsbildung im Sachverständigenrat beigetragen.
- 15.** Professor Dr. Reinhold Schnabel, Diplom-Volkswirtin Stefanie Schubert und Diplom-Volkswirt Markus Clauss von der Universität Duisburg-Essen und dem Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Mannheim, unterstützten mit hohem Engagement den Sachverständigenrat durch sehr umfangreiche Berechnungen zu den Folgewirkungen einer Einführung des Solidarischen Bürgergelds für die Öffentlichen Haushalte, den Arbeitsmarkt und die Einkommensverteilung.
- 16.** Privatdozent Dr. Peter Gottfried, Regensburg, führte umfangreiche, für den Sachverständigenrat äußerst hilfreiche Berechnungen zu den Aufkommens- und Verteilungswirkungen verschiedener Vorschläge zur Änderung der Besteuerung von Ehegatten und zur steuerlichen Berücksichtigung von Kindern durch.
- 17.** Diplom-Ökonom Johannes Clemens, Langgöns, gilt der Dank für eine kenntnisreiche Expertise zu den Verteilungswirkungen der Sozialabgabenfreiheit im Rahmen der Entgeltumwandlung sowie eine methodenkritische Analyse des neuen OECD-Berichts „Pensions at a Glance“ im Hinblick auf die Armutsfestigkeit des deutschen Rentensystems.
- 18.** Dr. Martin Gasche, Langenselbold, unterstützte den Sachverständigenrat mit Simulationsrechnungen zur Beitragssatzentwicklung in der Sozialen Pflegeversicherung.
- 19.** Privatdozent Dr. Joachim R. Fricke und Dr. Markus M. Grabka, Berlin, haben den Sachverständigenrat mit Berechnungen zur Vermögensverteilungen und zur Altersarmut in Deutschland unterstützt.
- 20.** Diplom-Volkswirt Mathias Sommer, Mannheim, hat für den Sachverständigenrat Berechnungen zu den fiskalischen Effekten eines „Pflege-Riesters“ durchgeführt.
- 21.** Diplom-Volkswirtin Amelie Catherine Wuppermann, München, fertigte für den Sachverständigenrat im Rahmen eines Praktikums Ausarbeitungen zu unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Fragestellungen an.
- 22.** In Gesprächen mit Professor Dr. Edgar Meister, Bad Homburg, hat der Sachverständigenrat zentrale Fragen der Bankenaufsicht diskutiert.

23. Umfangreiches Datenmaterial für die Analysen über wichtige Industrieländer und für die geld- und währungspolitischen Ausführungen stellten die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, der Internationale Währungsfonds, die Europäische Zentralbank, die Deutsche Bundesbank und die Europäische Kommission zur Verfügung.

24. Die Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt war auch in diesem Jahr wieder ausgezeichnet. Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes haben sich in einem weit über das normale hinausgehende Maß für die Aufgaben des Rates eingesetzt. Ein ganz besonderer Dank gilt hierbei den Mitarbeitern der Verbindungsstelle zwischen dem Statistischen Bundesamt und dem Sachverständigenrat. Der Geschäftsführer, Leitender Regierungsdirektor Wolfgang Glöckler, und seine Stellvertreterin, Oberregierungsrätin Birgit Hein, sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Anita Demir, Klaus-Peter Klein, Uwe Krüger, Volker Schmitt, Hans-Jürgen Schwab, Sabrina Welter und Beate Zanni haben die Arbeiten in diesem Jahresgutachten mit außergewöhnlichem Engagement unterstützt.

25. Ohne die außerordentlich engagierte Arbeit seiner wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hätte der Sachverständigenrat dieses Gutachten nicht erstellen können. Dem Stab des Rates gehörten während der Arbeiten an diesem Gutachten an:

Dr. Oliver Bode, Dr. Bodo Herzog, Alexander Herzog-Stein, Ph.D., Dr. Jörg Rahn, Diplom-Volkswirtin, Diplom-Kauffrau Anna Rosinus, Eva Rückert, Ph.D., Dr. Peter Schwarz, Diplom-Volkswirt Christoph Roman Swonke und Dr. Michael Tröger.

26. Ein besonderes Maß an Verantwortung für die Arbeit des wissenschaftlichen Stabes hatte der Generalsekretär, Dr. Stephan Kohns, zu tragen. Ohne seine hohen analytischen Fähigkeiten, seinen unermüdlichen Einsatz und ohne sein ausgleichendes Talent wäre es dem Sachverständigenrat nicht möglich gewesen, das vorliegende Jahresgutachten rechtzeitig und in der gebotenen hohen Qualität zu erstellen.

Fehler und Mängel, die der Text enthält, gehen indessen allein zulasten der Unterzeichner.

Wiesbaden, 2. November 2007

Peter Bofinger

Wolfgang Franz

Bert Rürup

Beatrice Weder di Mauro

Wolfgang Wiegard